

Der Oberbürgermeister

Amt: Rechtsamt

AZ: 31 10 06

Beschlussvorlage- Nr. 606/17 öffentlich

Betreff: Jahresabschluss 2016 der Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH

		Abstimmungsergebnis:			Änderung des Beschlussvorschlages
		Ja	Nein	Enth.	
Vorberatung Haushalts- und Finanzaus- schluss	17.08.2017	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorberatung Hauptausschuss	17.08.2017	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entscheidung Stadtrat	24.08.2017	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Finanzielle Auswirkungen

- Ja Die Gewinnausschüttung in Höhe von 612.000,00 € wurde im Haushaltsplan 2017
- im Produkt 522 100 auf dem Konto 4651 0000 veranschlagt.
- Nein nicht zur Verfügung

Auszüge vorbehaltlich der Genehmigung sind zuzuleiten:

Amt: 30, Dez. I, BWG

(ansonsten Protokolle im Intranet)

Aufgestellt: Dr. Elstermann

Amt: 30

mitgezeichnet: Frau Ost, Rechtsamt

Frau König, I/20

- Oberbürgermeister -

Beschlusskontrolle

Die Umsetzung des Beschlusses ist an das Stadtratsbüro zu melden bis: sofort nach Umsetzung

Kurze Inhaltsangabe (bitte für Bürger/Gäste Inhalt kurz zusammenfassen):

Die 100%ige städtische Tochtergesellschaft, die Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH, schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 89,1 Mio. € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 735 T€.

Für die erforderlichen Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung zum Jahresabschluss 2016 und zur Entlastung des Aufsichtsrates holt der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt ein Votum des Stadtrates ein.

Begründung:

Die Stadt Bernburg (Saale) ist zu 100 % an der Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH (BWG) beteiligt. Gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der BWG stellt die Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss fest und beschließt über die Ergebnisverwendung und die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder.

Formale Anmerkungen

Gegenstand. Aufgaben der Gesellschaft sind die Wohnungsverwaltung und der Wohnungsneubau, der Bau und Betrieb von Gebäuden sowie die sonstige Bewirtschaftung von Grundstücken.

Prüfung und Feststellung Jahresabschluss. Der Jahresabschluss wurde zum fünften Mal in Folge durch die DOMUS AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Zweigniederlassung Hannover, geprüft.

Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Kurzanalyse des Jahresabschlusses 2016

1. Grundsätzliches

Der Prüfbericht zum Jahresabschluss mit Stichtag 31.12.2016 testiert der Geschäftsführung eine zutreffende Darstellung der Lage der Gesellschaft und ihrer zukünftigen Entwicklung (Prüfbericht, S. 12).

Die Gesellschaft verwaltete im zurückliegenden Geschäftsjahr hauptgeschäftlich 3 613 Wohnungen (Vorjahr: 3 654), 52 Gewerbeeinheiten (Vorjahr: 50), darunter 3 Antennenanlagen, 640 Stellplätze (Vorjahr: 685) und 165 Miet- und Betriebsgaragen (Vorjahr: 210), darüber hinaus 658 Pacht- (Vorjahr: 817) und 6 Flächennutzungsverträge.

Für andere Eigentümer verwaltet wurden zum Stichtag 31.12.2016 352 Wohnungen (Vorjahr: 341), 33 Gewerbeeinheiten (Vorjahr: unverändert), 339 Garagen und Stellplätze (Vorjahr: 394).

Bewirtschaftete Einheiten. Die Anzahl der Wohnungen ging gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 41 Wohnungen zurück.

Bewirtschaftete Einheiten	2016	2015	2014
Wohnungen gesamt	3 613	3 654	3 682
davon leer	363	332	340
Leerstand (in %)	10,0	9,1	9,2

Die Leerstandsquote betrug 10 % und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %. Gemäß Betriebsvergleich in der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt für 2015 betrug die Leerstandsquote der kommunalen Unternehmen 13,6 % (für 2016 liegen noch keine Zahlen vor).

2. Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 735 T€ (Vorjahr: + 158 T€). Damit verbessert sich das Ergebnis um 577 T€.

Diese Entwicklung ist auf ein erhöhtes Betriebsergebnis durch

- höhere Erlöse aus Grundstücksverkäufen (812 T€),
- höhere Mieterlöse bei zurückgegangenen Erlösschmälerungen (387 T€) sowie
- niedrigere Instandhaltungskosten (352 T€) und Zinsaufwendungen (134 T€) zurückzuführen.

Für Instandhaltung an Wohngebäuden wurden im Geschäftsjahr 2016 3.741 T€ (Vorjahr: 4.094 T€) aufgebracht, darüber hinaus 1.012 T€ (Vorjahr: 840 T€) für aktivierungspflichtige Modernisierungen an Gebäuden. Das entspricht einem Durchschnittssatz von ca. 17,77 €/m² (Vorjahr: 19,03 €/m²) bezogen auf die Wohn-/Nutzfläche.

Umsatzerlöse. Die Umsatzerlöse verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 1.155 T€.

Angaben (in T€)	2016		2015		2014		Veränderung	
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist 2016/2015	WiPlan/Ist 2016
Umsatzerlöse	16.449	17.137	15.294	15.839	15.495	15.009	1.155	-688

Die Umsätze setzen sich wie folgt zusammen:

a)	Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung: Vermietung und Verpachtung, Umlagen für Betriebskosten abzüglich Erlösschmälerungen	15.324 T€
b)	Umsatzerlöse aus Grundstücksverkauf	998 T€
c)	Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	120 T€
d)	Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	7 T€

Zu a): Insgesamt erhöhen sich die Erlöse aus dem Kerngeschäft (Hausbewirtschaftung) im Vergleich zum Vorjahr um 357 T€ (2,4 %) aufgrund der um 0,21 €/m² höheren Mieten¹ und der gesunkenen Erlösschmälerungen.

Zu b): Auch die Erlöse aus Grundstücksverkäufen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 812 T€, hauptsächlich durch die Erlöse aus dem Verkauf von 17 Grundstücken im Erschließungsgebiet „Süd-West“ (856 T€) und einem Grundstück sowie Nachzahlung für ein bereits 2015 verkauftes Grundstück im Erschließungsgebiet „Brunnenstraße“ (96 T€). Dieser Erlössteigerung steht eine Erhöhung der Aufwendungen zum Vorjahr i. H. v. 747 T€ gegenüber. Die für 2016 geplanten Erlöse aus Grundstücksverkäufen (1.672 T€) konnten nicht erzielt werden.

Durch die Veräußerung von vier bebauten Grundstücken (Aderstedter Str. 4, Magdeburger Str. 19/21, Speicherstr. 7 und Nienburger Str. 19) konnten Erlöse in Höhe von 35 T€ (Vor-

¹ Sollmiete zum 31.12.2016: 4,60 €/m², zum 31.12.2015: 4,39 €/m², zum 31.12.2014: 4,28 €/m².

jahr: 185 T€) realisiert werden. Dem stehen Aufwendungen (im Wesentlichen der Restbuchwert der veräußerten Grundstücke) i. H. v. 17 T€ gegenüber, so dass insgesamt ein Gewinn von 18 T€ zu verzeichnen ist.

Zu c): Die Erlöse der privaten Hausverwaltung (120 T€) können trotz Anstieg der zu verwal- tenden Einheiten (+ 11) nicht nennenswert im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden (+ 3 T€). Damit können die Personalkostensteigerungen in diesem Bereich nicht kompensiert wer- den. Das Gesamtergebnis der privaten Hausverwaltung fällt mit –23,3 T€ (Vorjahr: -14,1 T€) schlechter als im Vorjahr aus. Einen ausgeglichenen Kostendeckungsgrad in der privaten Wohnungsverwaltung konnte somit auch 2016 nicht erreicht werden.

Sonstige betriebliche Erträge. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr i. H. v. 635 T€ re- sultiert im Wesentlichen aus geringeren Zuschreibungen aufgrund des Wegfalls von Wert- minderungen.

Angaben (in T€)	2016		2015		2014		Veränderung	
	Ist	WiPlan	Ist	WiPlan	Ist	WiPlan	Ist 2016/2015	WiPlan/Ist 2016
Sonstige betr. Erträge	624	264	1.259	549	680	1.019	-635	360

Betrieblicher Aufwand

Angaben (in T€)	2016		2015		2014		Veränderung	
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist 2016/2015	Plan/Ist 2016
Material- aufwand	9.794	10.544	9.158	9.395	7.966	7.616	636	-750
Personal- aufwand	2.010	2.034	1.955	1.960	1.978	2.110	55	-24
Abschrei- bungen	3.447	2.902	3.462	2.661	3.439	2.800	-15	545
Sonst. betr. Aufwen- dungen	715	776	1.166	1.215	606	1.009	-451	-61

Materialaufwand. Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen steigen um insgesamt 636 T€ (ca. 7 %) gegenüber dem Vorjahr. Daran sind vor allem hohe Fremdkosten für Verkaufsgrundstücke (+ 747 T€) beteiligt.

Personalaufwand. Die Personalkosten bleiben unter den geplanten, übersteigen jedoch die Vorjahresaufwendungen mit 55 T€.

Die Gesellschaft beschäftigte im zurückliegenden Geschäftsjahr 36 Arbeitnehmer (Vor- jahr: 35). Es wurde ein langfristiges, an die Entwicklung der Wohnbestände angepasstes Per- sonalentwicklungskonzept aufgestellt. Durch eine Neuausrichtung im Bereich Bauhof sollen ca. 20 % Personaleinsparungen erreicht werden, bei einem gleichzeitig planmäßigen altersbe- dingten Ausscheiden des jeweiligen Mitarbeiters.

Abschreibungen. Die Abschreibungen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen i. H. v. 1.071 T€ (Vorjahr: 1.103 T€) aufgrund dauerhafter Wertminderung. Insgesamt bleiben damit die Abschreibungen knapp unter dem Niveau des Vorjahres.

Sonstige betriebliche Aufwendungen. Der Rückgang der Sonstigen betrieblichen Aufwen-

dungen um 451 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich auf die Inanspruchnahme und Auflösung der im Vorjahr gebildeten Drohverlustrückstellung (233 T€) für ein zu erschließendes Grundstück, zurückzuführen.

3. Finanzlage

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit (4.654 T€) kann vollständig die planmäßigen Tilgungen (2.619 T€) und Zinsen (645 T€) im Berichtsjahr decken. Dem verbleibenden Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 1.390 T€ stehen Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (2.344 T€) und aus der Finanzierungstätigkeit (außerplanmäßige Tilgungen und Ausschüttung an die Gesellschafterin) i. H. v. 540 T€ sowie eine Neukreditaufnahme i. H. v. 3.500 T€ gegenüber. Im Ergebnis erhöhen sich die Zahlungsmittel (= flüssige Mittel) um 2.217 T€ auf 5.068 T€.

Die aus dem Cash-Flow-Wert und der Höhe der Tilgungen gebildete Liquiditätskennziffer (Tilgungskraft²), hat sich im Geschäftsjahr auf 1,52 (Vorjahr: 1,24) verbessert.

4. Vermögenslage

Die Vermögenslage der BWG stellt sich wie folgt dar:

Angaben (in T€)	2016 Ist	2015 Ist	2014 Ist	Angaben (in T€)	2016 Ist	2015 Ist	2014 Ist
Anlagevermögen	78.260	79.681	81.165	Eigenkapital	58.013	57.665	58.157
Umlaufvermögen	10.756	7.913	9.159	Sonderposten	1.498	1.562	1.626
				Rückstellungen	1.542	1.388	1.139
				Verbindlichkeiten	27.783	26.800	29.250
Aktiver RAP	38	40	35	Passiver RAP	218	219	188
Summe Aktiva	89.054	87.634	90.360	Summe Passiva	89.054	87.634	90.360

Das Gesamtvermögen steigt gegenüber dem Vorjahr um 1.420 T€ oder 1,6 % auf 89.054 T€, hauptsächlich durch den Anstieg des Umlaufvermögens auf der Aktivseite und den Jahresgewinn 2016, Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten durch Aufnahme neuer Darlehen (3.500 T€) auf der Passivseite.

Anlagevermögen. Der Rückgang des Anlagevermögens gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf planmäßige (2.376 T€) und außerplanmäßige (1.071 T€) Abschreibungen zurückzuführen. Diesen stehen Zuschreibungen i. H. v. 80 T€ und Investitionen i. H. v. 2.600 T€ gegenüber.

Umlaufvermögen. Das im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Umlaufvermögen (2.843 T€) ist dem erhöhten Bestand an liquiden Mitteln geschuldet. Letzterer ist durch geringere Instandsetzungen und einen verminderten Liquiditätsabfluss im Vergleich zum Plan für die Altstadtinvestitionen der Gesellschaft bedingt.

² Die Tilgungskraft spiegelt die Fähigkeit des Unternehmens wider, aus dem laufenden Cashflow die Tilgungsleistungen zu erbringen. Als kritischer Wert wird der Faktor 1,0 betrachtet.

Eigenkapital. Der Anstieg des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2016 (735 T€), dem die Ausschüttung an die Gesellschafterin für 2015 (388 T€) entgegensteht.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Gesamtkapital x 100) beträgt 65,1 % (Vorjahr: 65,8 %).

5. Wesentliche Feststellungen im Rahmen des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

Der Prüfbericht testiert die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung. Die Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind. Es haben sich keine Beanstandungen ergeben.

6. Würdigung beihilferechtlicher Sachverhalte im Rahmen der Abschlussprüfung, IDW PS 700³

Im Rahmen der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2016 erfolgte eine beihilferechtliche Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer, ob die im Jahr 2016 gezahlten Zuschüsse an die Gesellschaft eine unzulässige Beihilfe im Sinne des Art. 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, früher: EU-Vertrag) darstellen.

Die BWG erhielt im Jahr 2016 im Rahmen des Programms Stadtumbau-Ost⁴ Abrissfördermittel von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt i. H. v. 193 T€ und Baukostenzuschüsse i. H. v. 824 T€ ausgezahlt.

Im Rahmen der Prüfung stellt der Wirtschaftsprüfer fest, dass die gewährten Beihilfen ordnungsgemäß im Jahresabschluss ausgewiesen wurden⁵.

In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass die Bund-Länder-Förderprogramme durch die Fördermittel gebende Stelle beihilferechtlich untersucht werden.

Die Stadt Bernburg (Saale) bürgt in Höhe von 3.547 T€ (Restbürgschaftsbetrag zum 31.12.2016) für vier Kredite der Gesellschaft. Eine Beihilfeprüfung erübrigt sich, da Beginn der Bürgschaften vor Beginn der Geltung des EU-Beihilferechts liegt.

7. Zukünftige Entwicklung

Bestand. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die BWG im Jahr 2030 weniger als 3 000 Wohneinheiten vermietet haben wird.

Der Rückbau wird zur weiteren Reduzierung der Sachanlagen führen und die damit verbundenen außerplanmäßigen Abschreibungen werden das Betriebsergebnis belasten. Ebenfalls belastend für das Betriebsergebnis wird sich die Sanierung von unrentablen Immobilien auswirken, aufgrund der damit verbundenen außerplanmäßigen Abschreibungen.

³ Durch das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) wurde im Juni 2011 ein IDW Prüfungsstandard „Prüfung von Beihilfen nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen“ (IDW PS 700) vorgelegt. Der Prüfungsstandard legt dar, nach welchen Grundsätzen im Rahmen von Jahresabschlussprüfungen zu beurteilen ist, ob erhaltene Beihilfen im Hinblick auf deren ordnungsgemäße Bilanzierung in Übereinstimmung mit dem EU-Beihilferecht gewährt und in Anspruch genommen wurden.

⁴ Bund und Länder stellen seit 2002 mit dem Programm "Stadtumbau Ost" Fördermittel zur Verfügung, mit denen, (Innen)Städte durch gezielte Aufwertungsmaßnahmen gestärkt sowie durch den Abriss leer stehender, dauerhaft nicht mehr nachgefragter Wohnungen stabilisiert werden, vgl. auch unter http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/Stadtumbau/StadtumbauOst/stadtumbauOst_node.html, letzter Aufruf: 22.06.2017.

⁵ Prüfbericht Jahresabschluss 2016 BWG, S. 22.

Vermietung und Leerstand. Kurzfristig sieht die Geschäftsführung keine Risiken für den weiteren Geschäftsverlauf. Aufgrund der Klimaziele der Bundesregierung und der energetischen Anforderungen an Wohngebäude werden die Investitionskosten steigen und das würde nach Meinung der Geschäftsführung zur weiteren Mieterhöhungen führen.

In Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung, die weiterhin Bevölkerungsverluste prognostiziert, sowie den sinkenden Haushaltszahlen, rechnet die Geschäftsführung mit einer nicht unwesentlichen Zunahme des Leerstandes. Für die nächsten Jahre müssen Rückbaumaßnahmen erfolgen, um die leerstandsbedingten Verluste wirtschaftlich vertretbar zu halten.

Demografischer Wandel / altersgerechtes Wohnen / Investitionen. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung wird die Gesellschaft zukünftig mit Nachdruck in den barrierearmen Ausbau der Großraumsiedlungen investieren, um entsprechende Angebote vorhalten zu können. Schwerpunkt hier ist die Aufwertung des Wohngebietes Süd-Ost durch Medienumstellung, Anbau von Fahrstühlen und Schaffung von altengerechten Wohnraum.

Ihre Chancen sieht die Gesellschaft in verstärkten Investitionen im nachgefragten Innenstadtbereich und der Veräußerung von langfristig unwirtschaftlichen Grundstücken.

Ein großes Projekt der BWG ist der Umbau des Saalplatz-Ensembles, wo bis Ende 2017 / Anfang 2018 21 hochwertige Zwei- bis Dreiraumwohnungen entstehen sollen.

Nach dem Abriss des Großteils der leerstehenden Quartiere im Stadtteil Süd-West und der Erschließung des 1,7 ha großen Areals durch die BWG entstanden in einem 1. Bauabschnitt 26 Baugrundstücke für Bebauung mit Eigenheimen, die durch die Salzlandsparkasse vermarktet werden. Bis Anfang 2017 wurden 18 der Grundstücke verkauft.

Planung 2017-2019. In den Jahren 2017-2019 werden für Instandhaltungsaufwendungen 4.000 € (2017) bzw. 3.855 T€ (2018-2019) vorgesehen.

Die Planung geht von Umsätzen aus Hausbewirtschaftung zwischen 16.848 T€ im Jahr 2017, 16.173 für 2018 und 15.934 T€ in 2019 und Jahresüberschüssen zwischen von 445 (2017), 487 (2018) und 696 T€ (2019) aus.

Zur Optimierung der Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung im Hinblick auf Zinssatzsteigerungen wurden vier Forward-Darlehen⁶ i. H. v. insgesamt 5.541 T€⁷ abgeschlossen.

Gewinnabführung. Zur Gewinnverwendung wird durch die Geschäftsführung vorgeschlagen, aus dem Jahresüberschuss i. H. v. 735,4 T€ einen Teilbetrag i. H. v. 612 T€ an die Stadt auszuschütten und den Differenzbetrag i. H. v. 123,4 T€ auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat der BWG hat diese Ergebnisverwendung 2016 der Gesellschafterversammlung empfohlen (vgl. auch Anlage 7 und unter Beschlussvorschlag).

Diese Ergebnisverwendung ist mit der wirtschaftlichen Lage der BWG generell vereinbar, zukünftige Ausschüttungen in dieser Höhe sind jedoch gemäß Wirtschaftsprüfer nicht zu empfehlen⁸.

Gemäß Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt rechnet diese mit einer jährlichen Aus-

⁶ Bei einem Forward-Darlehen handelt es sich um ein Annuitätendarlehen im Rahmen einer Immobilienfinanzierung, das dem Darlehensnehmer erst nach einer bestimmten Vorlaufzeit – bis zu sechzig Monate nach Vertragsabschluss – ausgezahlt wird. Die Zeitspanne zwischen dem Vertragsabschluss und dem gewählten Laufzeitbeginn wird als Forward-Periode bezeichnet. Während der Forward-Periode fallen für das Darlehen keine Kredit- oder Bereitstellungszinsen an. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Forward-Darlehen>, letzter Aufruf: 22.06.2017.

⁷ Ein Darlehen mit Saldo zum 31.01.2015 i.H.v. 1.994 T€ und drei Darlehen mit Saldo zum 31.12.2016 i.H.v. 3.547 T€.

⁸ Jahresabschluss 2016 BWG, Anlage VIII, S. 11, Fragenkreis 13.

schüttung von der BWG in folgender Höhe:

	Gewinnabführung
2017	612 T€
2018	545 T€
2019	508 T€
2020	250 T€

Eine Abstimmung zur Höhe der Ausschüttungen wird final noch erfolgen.

Die kompletten Unterlagen zum Jahresabschluss 2016 der BWG liegen im Rathaus I, Rechtsamt, Zimmer 208 zur Einsichtnahme vor. Die Einsichtnahme wird empfohlen (um eine vorherige Anmeldung wird gebeten, Tel. 659 417).

Als Beratungsunterlage stehen die **Anlagen 1 bis 7** zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalts-/Finanzausschuss und der Hauptausschuss empfehlen dem Stadtrat folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) ermächtigt den Oberbürgermeister, bzw. zu 2. seinen Stellvertreter, in der Gesellschafterversammlung der BWG folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss 2016 der Bernburger Wohnstättengesellschaft mbH wird festgestellt.
2. Die im Geschäftsjahr 2016 amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrates werden für diesen Zeitraum entlastet.
3. Aus dem Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 735.402,50 € werden 612.000,00 € an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
Auszahlungstermin für die Ausschüttung an die Gesellschafterin ist der 20.09.2017.
4. Der nach der Ausschüttung verbleibende Restbetrag aus dem Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 123.402,50 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Anlagen:

- Anlage 1: Grafische Darstellungen zur Unternehmensentwicklung, Ertragslage etc.
- Anlage 2: Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss 2016
- Anlage 3: Bilanz zum 31.12.2016
- Anlage 4: Gewinn und Verlustrechnung zum 31.12.2016
- Anlage 5: Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016
- Anlage 6: Bericht des Aufsichtsrates gem. § 52 GmbHG i.V.m. § 171 AktG und Pkt. 2.5. der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der BWG
- Anlage 7: Protokollauszug der Aufsichtsratssitzung vom 27.06.2017